

**Kleine Anfrage** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 8. März 2000

**Ausstattung und Anwendung von EDV in den bremischen Gerichten**

Wir fragen den Senat:

1. Wie ist die Ausstattung der Gerichte im Land Bremen in moderner Informationsverarbeitung und Kommunikationstechnologie, auf welchem technischen Stand befindet sie sich? (Soweit möglich, bitte insgesamt nach Gerichtszweigen differenzieren)
2. Wie viel ist dafür in den Jahren 1990 bis 1999 ausgegeben worden?
3. Wie hat sich durch die EDV-Ausstattung die Tätigkeit der Richter verändert?
4. Wie viele Geschäftsstellen oder Richter haben einen EDV-Außenanschluss zu europäischen und Bundesgerichten, zu Asyl Datenbanken, zu allgemeinen juristischen Datenbanken wie Juris bzw. einen allgemeinen Internet-Anschluss?
5. Welche Weiterentwicklung der EDV-Ausstattung ist für die kommenden zwei Jahre in Vorbereitung?
6. Wie ist der Stand der Planungen für Projekte im Rahmen von MEDIA@Komm im Bereich des Senators für Justiz und Verfassung?
7. Wer ist mit der Wartung, Pflege und Weiterentwicklung der EDV einschließlich der Software in den bremischen Gerichten beauftragt?
8. Auf wie viele Richter an den bremischen Gerichten trifft nach Kenntnis des Senats die Vermutung des Senators für Justiz und Verfassung zu: „Wer von Computern nichts hält, setzt sie nicht ein“?

Dr. Kuhn,  
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

D a z u

**Antwort des Senats vom 18. April 2000**

Die o. a. Anfrage beantwortet der Senat wie folgt:

Zu Frage 1.: Wie ist die Ausstattung der Gerichte im Land Bremen in moderner Informationsverarbeitung und Kommunikationstechnologie, auf welchem technischen Stand befindet sie sich? (Soweit möglich, bitte insgesamt nach Gerichtszweigen differenzieren)

1.1 Wie ist die Ausstattung der Gerichte im Land Bremen in moderner Informationsverarbeitung und Kommunikationstechnologie?

BKZ	130	131	132	133	134	160	170	171	180	181	
Behörde	OLG	LG	AG	AG	AG						
	OLG	LG	HB	BHV	Bithl	FG	LS	SG	OVG	VG	Gesamt
Mitarbeiter	41	160	385	107	60	12	16	26	15	42	864
Tul-geeignete Arb.Plätze	40	156	354	96	41	12	14	24	15	41	793
Tul-Nutzer	36	142	244	69	51	11	10	21	15	41	640
PCs	36	153	284	64	51	14	13	22	16	42	695
Terminals			51	9							60
Endgeräte insgesamt	36	153	335	73	51	14	13	22	16	42	755
davon vernetzt	5	49	265	28	18	13			16	42	436
Netze	1	2	4	3	1	1			1	1	14
Hostverfahren			1								1
E-Mail-Anschlüsse		6	3								9
E-Mail-Anschlüsse durch lfd. Ergänzung bis 30.06.2000	40	20	100	5	10	12	5		10		202
Internet-Anschlüsse		3	2								
<b>Prozentuale Auswertung</b>											
Ausstattung	90%	98%	95%	76%	100%	100%	93%	92%	100%	100%	95%
Vernetzung Tul-Nutzer	14%	35%	100%	41%	35%	100%	0%	0%	100%	100%	68%
Vernetzung Arbeitspl.	13%	31%	75%	29%	44%	100%	0%	0%	100%	100%	55%
<b>Gerichtsbarkeitsbezogen:</b>											
Ausstattung			ordentliche Gerichte				Fachgerichte				
			94%					100%			95%
Vernetzung Tul-Nutzer			67%					72%			68%
Vernetzung Arbeitspl.			53%					67%			55%

Das vorstehende Zahlenwerk basiert auf den bisher von der Senatskommission für das Personalwesen jährlich erhobenen statistischen Angaben der einzelnen Behörden.

## 1.2 Auf welchem technischen Stand befindet sie sich?

Der in den bremischen Gerichten vorzufindende Technikstandard ist ausgesprochen heterogen. Die Bandbreite reicht von alter 286er-Technologie in der Sozialgerichtsbarkeit bis hin zu ausgesprochenen High-Tech-Anwendungen wie z. B. das Elektronische Grundbuch mit Zugriffsmöglichkeiten für Notare, Banken etc. bei den bremischen Amtsgerichten. Dort kommen modernste Hochverfügbarkeits-systeme mit automatischen Sicherungssystemen zum Einsatz.

Damit einher geht eine neue Konzeption der Betreuung, die die Unterbringung der empfindlichen Technik in einem nach neuesten technischen Gesichtspunkten ausgestatteten Justiz-Synergiezentrum vorsieht. Dieses Justiz-Synergiezentrum wird vom Landeseigenbetrieb Judit betreut.

Die ca. 1.300 Bildschirmarbeitsplätze in der bremischen Justiz erfordern allein für Ersatzbeschaffung jährlich zwischen 1 und 1,5 Millionen DM. Dafür reicht der Justizhaushalt jedoch nicht aus. Es ist finanziell derzeit nicht darstellbar, alle Anwendungen bzw. die Arbeitsplatzausstattungen zeitnah auf dem gleichen technischen Standard zu halten.

Zu Frage 2.: Wie viel ist dafür in den Jahren 1990 bis 1999 ausgegeben worden?

In die Justiz-EDV wurden in den letzten zehn Jahren kontinuierlich erhebliche Mittel investiert. Das Gesamtvolumen für den Zeitraum 1990 bis 1999 beträgt über 12 Mio. DM zuzüglich der Ausgaben für 1991, die ohne unverhältnismäßigen Aufwand zurzeit nicht darstellbar sind.

Differenziert ergibt sich die folgende Verteilung:

Investitionsausgaben					
Erwerb von EDV-Geräten -Gerichte u. Staatsanwaltschaften					(in DM)
	OLG	LG	AGs	AGs	Summe
				Wirtschaftlich rentable Maßnahmen: Elektronisches Grundbuch	
1990	865	1.019	113.756		115.640
1991	Ohne unverhältnismäßigen Aufwand nicht ermittelbar				
1992	112.438	2.038	433.212		547.688
1993	10.644	264.329	149.181		424.154
1994	2.090	323.541	365.127		690.759
1995	16.891	0	0		16.891
1996	0	0	0		0
1997	0	0	0	1.119.000	1.119.000
1998	0	109.472	279.563	926.000	1.315.035
1999	0	66.315	460.799	2.870.000	3.397.114
<b>Summe</b>	<b>142.928</b>	<b>766.714</b>	<b>1.801.638</b>	<b>4.915.000</b>	<b>7.626.281</b>

	Finanzgericht	Landes-sozialgericht	Sozialgericht	Obverwaltungsgericht	Verwaltungsgericht	Generalstaatsanwaltschaft	Staatsanwaltschaft	Summe (in DM)
1990	99.978	1.163	0	98.282		116.155		315.578 DM
1991	Ohne unverhältnismäßigen Aufwand nicht ermittelbar							
1992	24.086	60.864	173.225	16.136		62.968		337.279 DM
1993	53.772	9.504	14.656	443.692		77.898		599.522 DM
1994	0	2.090	0	145.146		155.174		302.410 DM
1995	11.262	16.891	20.091	42.666	96.508	1.027.693		1.215.111 DM
1996	0	0	0	3.073	135.349	356.450		494.873 DM
1997	0	0	4.244	15.763	101.973	750.461		872.440 DM
1998	1.895	0	0	0	83.738	110.323		195.956 DM
1999	8.854	0	0	0	46.068	0	68.730	123.652 DM
<b>Summe</b>	<b>22.011</b>	<b>18.981</b>	<b>24.335</b>	<b>206.647</b>	<b>463.636</b>	<b>2.400.101</b>	<b>68.730</b>	<b>4.456.821 DM</b>
<b>Summe Ordentliche Gerichte</b>								<b>7.626.281 DM</b>
<b>1990-1999 Gesamt</b>								<b>12.083.101 DM</b>

Zu Frage 3.: Wie hat sich durch die EDV-Ausstattung die Tätigkeit der Richter verändert?

An allen mit EDV ausgestatteten Richterarbeitsplätzen wird von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, diktiert Schreibwerk zunächst auf dem Bildschirm anzeigen zu lassen und vor dem Ausdruck zu korrigieren. Viele Richterinnen und Richter sind dazu übergegangen, kürzeres Schreibwerk, insbesondere kurze Entscheidungen, selbst zu erstellen. Diese Tätigkeit wird durch die Verwendung entsprechender Formulare und Textbausteine unterstützt. Von zahlreichen Richterinnen und Richtern werden die Vöten und Entscheidungen sowie auch Protokolle zunehmend selbst geschrieben. Darüber hinaus werden insbesondere in Familiensachen zum Teil umfangreiche Berechnungen (Unterhalt, Versorgungsausgleich) mit Software-Unterstützung vorgenommen.

Weiter bestehen zahlreiche Anwendungen, die das Schreibwerk unter Nutzung der in Datenbanken gespeicherten Personen- und Verfahrensdaten weitgehend vollautomatisch erstellen.

Teilweise haben Richterinnen und Richter Zugang zu Datenbanken; hier wird ein weiterer Ausbau angestrebt. Fachliteratur und Rechtsprechung werden auf CD-ROM-Servern vorgehalten. In Einzelfällen ist bereits jetzt eine ONLINE-Recherche im JURIS-Datenbestand möglich; auch hier ist ein weiterer Ausbau vorgesehen.

Die Speicherung eigener Entscheidungen in entsprechenden Datenbanken mit eigener Recherche-Möglichkeit ist durchgängig gegeben.

Zu Frage 4.: Wie viele Geschäftsstellen oder Richter haben einen EDV-Außenanschluss zu europäischen und Bundesgerichten, zu Asyl Datenbanken, zu allgemeinen juristischen Datenbanken wie Juris bzw. einen allgemeinen Internet-Anschluss?

Die Landesjustizverwaltung hat unter Berücksichtigung der Sicherheit im Datenaustausch und zum Schutz vor Viren die Einrichtung von Informationsservern oder CD-ROM-Servern bisher vorgezogen.

Nach dem SKP-Regelwerk haben Außenanschlüsse von Netzwerken im Interesse der Sicherheit und zum Schutz vor Viren grundsätzlich über die Firewall der BreKom zu laufen. Daher wurde in der Vergangenheit die Einrichtung von Außenanschlüssen nur sehr zurückhaltend realisiert. Auch hier ist die Weiterentwicklung geplant.

Zurzeit verhandelt die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung mit der JURIS GmbH über Konditionen für einen bundesweiten Rahmenvertrag. Bei positivem Abschluss strebt der Senator für Justiz und Verfassung einen Anschluss an die betreffenden Online-Dienste an.

Als Interimslösung steht die JURIS-CD zur Verfügung. Sie ist sowohl im Finanzgericht als auch im Landessozialgericht im Einsatz. Beide Behörden haben auch die Möglichkeit, jeweils von einem Gerät online auf die JURIS-Datenbank zuzugreifen. Die Verwaltungsgerichte können ebenfalls auf die JURIS-CD über einen gemeinsamen Server zugreifen.

Der Anschluss der Verwaltungsgerichtsbarkeit an die ASYLIS-Datenbank konnte bisher noch nicht erfolgen, da die Datenbankbetreiber technisch zurzeit nicht die Möglichkeit des Zugriffs eingeräumt haben.

Ursächlich hierfür ist, dass das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge noch nicht entschieden hat, unter welchen Bedingungen ein Anschluss zugelassen werden soll. Bislang gibt es lediglich ein bayerisches Pilotprojekt.

Zur Optimierung des Informationsflusses wurde das Projekt GeSINe (= Gemeinsames Server-gestütztes Informations-Netz) initiiert.

Auf einem zentralen Server werden für alle Justizbehörden Rechtsprechungsdaten bereitgestellt. Der Server wurde zwischenzeitlich eingerichtet, so dass die Nutzung zeitnah möglich sein wird.

Zu Frage 5.: Welche Weiterentwicklung der EDV-Ausstattung ist für die kommenden zwei Jahre in Vorbereitung?

#### 5.1 Infrastrukturelle Maßnahmen

Der Senator für Justiz und Verfassung plant in den beiden nächsten Haushaltsjahren eine weitere Verbesserung der datentechnischen Infrastruktur, um Voraussetzungen für die Anwendung moderner Software-Produkte zu schaffen. Hierzu gehört insbesondere der weitere Ausbau von Netzen.

Das Hanseatische Oberlandesgericht in Bremen sowie der nächste Bauabschnitt im Amtsgericht Bremen-Blumenthal sollen noch in diesem Jahr vernetzt werden.

Das Landgericht Bremen wird im lfd. Haushaltsjahr (nach Abschluss der Verkabelungsarbeiten im Rahmen des 2. Bauabschnitts) über die Voraussetzungen verfügen, um das Programm HADES umfänglich in den Strafabteilungen einzusetzen.

Bereits Ende 1999 wurden zentral bei Judit für alle Behörden des Ressorts Exchange-Server zur Einführung von E-Mail und Einrichtung von Internet-Anschlüssen aufgestellt. Die Konfigurierung und die Schaltung der Leitungen zu den einzelnen Behörden wird in Kürze abgeschlossen sein.

Zur Verminderung der Virengefahr wird auf allen an den E-Mail-Verbund angeschlossenen Clients ein Viren-Shield installiert. Pflege-Verträge für die erforderlichen Programm-Updates bestehen.

Das Projektziel, alle bremischen Justizbehörden an das BVN (Bremisches Verwaltungsnetz) anzuschließen, um einen schnelleren und effizienteren Informationsaustausch (auch in Hinblick auf die Kosten- und Leistungsrechnung) zu erreichen, wird im lfd. Haushaltsjahr realisiert.

Damit sind auch die Voraussetzungen für die Einführung des Programms SEKT gegeben, das sowohl eine sichere E-Mail-Kommunikation als auch gesicherte Transaktionen im Anordnungswesen gewährleisten soll.

Zum aktuellen Stand der Vernetzung wird auf die beigefügten Skizzen (Seite 9 u. 10) verwiesen.

Der Senator für Justiz und Verfassung unternimmt erhebliche Anstrengungen — vorbehaltlich der Verabschiedung des Haushalts — in den Haushaltsjahren 2000/2001, um jeweils über 1,1 Mio. DM bzw. 1,2 Mio. DM (somit über 1/3 seiner Investitionsmittel) für den EDV-Bereich zur Verfügung zu stellen.

Die wünschenswerte Intensivierung sowie ein zeitlich gestraffter und auf Kontinuität ausgerichteter Ausbau dieser Technologie hinsichtlich infrastruktureller Maßnahmen und im Bereich Hardware erfordern weitere Investitionsmittel, über die der Senator für Justiz und Verfassung zurzeit nicht verfügt.

## 5.2 Fachverfahren

### Synopse zum aktuellen Stand

Verfahren	Einsatzbereich	bisher eingesetzt bei folgenden Gerichten	Einsatz bis Ende 2000 geplant bei folgenden Gerichten	Bemerkungen
BASTA	Zivil- und Familienabteilungen	Landgericht Bremen, Amtsgerichte Bremen, Bremen-Blumenthal, Bremerhaven	Hanseatisches Oberlandesgericht in Bremen	Im Rahmen der BASTA-Fortentwicklung/ Erweiterung der Funktionalitäten wird das Programm – wie auch schon beim AG Bremen geschehen – in 2000 bei allen Anwendergerichten upgedatet
SOLUM II	Grundbuchämter		Amtsgerichte Bremen, Blumenthal, Bremerhaven	Die Erfassungsarbeiten beim AG Bremen werden bereits ca. Ende Juli abgeschlossen sein. Dort wurden bislang ca. 110.000 Grundbücher eingescannt.
HAREG	Handelsregister	Amtsgerichte Bremen und Bremerhaven		
SIJUS VOLL	Vollstreckungsabteilung	Amtsgerichte Bremen, Bremerhaven	Amtsgericht Bremen-Blumenthal (2001)	
HADES	Straf-abteilungen	Amtsgericht Bremen, Landgericht Bremen		Im Zuge der laufenden Sanierungsarbeiten beim LG wird die Vernetzung der Strafkammern bis Ende 2000 komplettiert.
WINSOL- VENZ	Konkursabteilungen	Amtsgerichte Bremen und Bremerhaven		
NOVA	Nachlassabteilungen	Amtsgerichte Bremen	Amtsgerichte Bremen-Blumenthal, Bremerhaven	
SIJUS Straf	Staatsanwaltschaften	Staatsanwaltschaft Bremen und Bremerhaven, Generalstaatsanwaltschaft		

Das Projekt SOLUM-STAR (elektronisches Grundbuch) wird voraussichtlich in diesem Jahr abgeschlossen. Ca. 110.000 stadtbremische Grundbücher sind inzwischen eingescannt worden, so dass diese Erfassungsarbeiten ca. Ende Juli beendet werden können. Es folgt die Erfassung der Blumenthaler und Bremerhavener Grundbücher.

Ende 2000 wird der gesamte Grundbuchbestand des Landes Bremen in elektronischer Form vorliegen. Der Anschluss der Notare und Banken erfolgt sukzessiv im Rahmen der abgeschlossenen Verträge.

Die Softwareanwendung SIJUS-VOLL (Vollstreckungsabteilung Amtsgerichte) wird — nachdem sie bei den Amtsgerichten Bremen und Bremerhaven erfolgreich im Einsatz ist — noch in diesem Jahr beim Amtsgericht Bremen-Blumenthal installiert und zum Einsatz kommen.

Der Landeseigenbetrieb Judit hat das Softwareprogramm NOVA zur Unterstützung nachlassgerichtlicher Tätigkeiten entwickelt. Der Einsatz erfolgt zurzeit beim Amtsgericht Bremen. Die weitere Einführung im Bereich der Nachlassgerichte ist für das lfd. Jahr vorgesehen.

BASTA wurde als Geschäftsautomatisierungsprogramm für Zivil- und Familienabteilungen von ID Bremen entwickelt und beim Amtsgericht Bremen eingesetzt. In der Einführungsphase befindet sich das Programm-Update BASTA 98 für die Zivilabteilungen.

Das Landgericht und die Amtsgerichte Bremerhaven und Blumenthal werden zeitnah ebenfalls auf den neuesten Stand gebracht.

Als Neuinstallation wird BASTA98 nach Abschluss der geplanten Vernetzungsarbeiten auch beim Hanseatischen Oberlandesgericht zur Verfügung stehen.

Für das Jahr 2000 ist weiter vorgesehen, das Amtsgericht Bremen von der Systemverwaltertätigkeit für die Anwendungen HAREG (Unterstützung von Arbeitsabläufen in Handelsregistersachen) und SIJUS-VOLL (Unterstützung der Vollstreckungsabteilungen) zu entlasten.

Der bisher mit dieser Aufgabe betraute Rechtspfleger wird seinen eigentlichen Rechtspflege-Tätigkeiten wieder nachgehen können, wenn die Betreuung dieser Anwendungen vom Landeseigenbetrieb Judit nunmehr übernommen wird.

Hinsichtlich der Aktivitäten im Rahmen des Projektes MEDIA@Komm wird auf Frage 6 verwiesen.

### 5.3 Weiterentwicklung der Fachgerichtsbarkeit

Die positive Entscheidung über den angestrebten Staatsvertrag zwischen den Ländern Niedersachsen und Bremen betreffend das Gemeinsame Landessozialgericht vorausgesetzt, soll für die Sozialgerichtsbarkeit das Fachverfahren — eine niedersächsische Eigenentwicklung — EUREKA bis Ende des Jahres 2000 eingeführt werden.

Das Fachverfahren VGFG wird in der Verwaltungsgerichtsbarkeit genutzt.

Hinsichtlich eines entsprechenden Einsatzes beim Finanzgericht besteht insbesondere unter den Aspekten Betreuungsaufwand/Folgekosten sowie einer beabsichtigten räumlichen Zusammenlegung der Fachgerichtsbarkeit weiterer Erörterungsbedarf.

Der Landeseigenbetrieb Judit hat bereits 1999 das Programm GeKo zur Unterstützung der Arbeit im Zusammenhang mit der Erstellung von Gerichtskostenrechnungen entwickelt. Das Programm erstellt Rechnungen ohne Datenbankzugriff und erzeugt die notwendigen Datensätze für die digitale Übermittlung an die Landeshauptkasse.

Dieses Programm befindet sich bei den bremischen Justizbehörden zurzeit in der Einführungsphase und wird voraussichtlich allen Bereichen noch im ersten Halbjahr zur Verfügung stehen.

Gleichwohl kann es sich betreffend des Einsatzes von GEKO nur um eine Interimslösung handeln, solange es noch keine zukunftssicheren Schnittstellenbeschreibungen für den Datenverkehr mit der Landesfinanzverwaltung gibt. Bislang war es nicht möglich, in den einzelnen Applikationen effektive Kostenmodule für den Datenaustausch mit der Landeshauptkasse zu entwickeln.

Zu Frage 6.: Wie ist der Stand der Planungen für Projekte im Rahmen von MEDIA@Komm im Bereich des Senators für Justiz und Verfassung?

Zu einem relativ frühen Zeitpunkt war die Justiz an den Planungen für die Teilnahme am Wettbewerb MEDIA@Komm beteiligt.

Im Zusammenhang mit dem gerichtlichen Mahnverfahren (Projekt OMA = Online-Mahnverfahren) wird zurzeit an der Realisierung des Datenaustausches zwischen Anwälten und Gerichten unter Einbeziehung der digitalen Signatur gearbeitet.

Anwälte werden voraussichtlich ab Mitte dieses Jahres auf elektronischem Wege einen Mahnbescheid beantragen können. Dabei wird die elektronische Signatur eingesetzt und weiter getestet.

Im Amtsgericht Bremen wird die Mahnabteilung im Rahmen dieses Projektes verkabelt und vollständig mit PC sowie Chipkartenlesern ausgerüstet. Das dort entstehende Netz wird in das Justiz-Datennetz integriert.

Judit-Mitarbeiter werden das Netz administrieren und betreuen.

Zu Frage 7.: Wer ist mit der Wartung, Pflege und Weiterentwicklung der EDV einschließlich der Software in den bremischen Gerichten beauftragt?

Für die Betreuung der Justiz-EDV ist der Landeseigenbetrieb Judit zuständig. Der Landeseigenbetrieb nimmt die Planung und Organisation von Maßnahmen der technikunterstützten Informationsverarbeitung im Auftrag der Dienststellen des Senators für Justiz und Verfassung wahr (§ 2 Abs. II Nr. 2 JuditG).

Hierzu gehört die Betreuung der Infrastruktur (Netze etc.), der gesamten Hardware und der darauf ablaufenden Verfahren durch besonders geschulte Mitarbeiter, die in der Vergangenheit bei den jeweiligen Dienststellen dezentral angesiedelt waren.

Die zunehmende Komplexität der Verfahren führte notwendigerweise bei Aufrechterhaltung der jeweiligen Fachverfahrensbetreuung vor Ort zur Bündelung eines kontinuierlich gewachsenen dv-technischen Sachverständnisses beim Landeseigenbetrieb Judit.

Diese Kompetenz stellt sowohl die Betreuung der Netze, der Hard- und Software sowie die Weiterentwicklung der dv-technischen Einrichtungen sicher.

Durch den Landeseigenbetrieb Judit wurde die zentrale Technik im Justiz-Synergiezentrum SARA (Sammelaufstellung von Rechnern und deren Administration) zusammengefasst; eine kleine Gruppe von Spezialisten des Landeseigenbetriebes Judit betreut dieses Zentrum. Dieser Standard wäre von den beteiligten Justizbehörden in eigener Regie nicht erreichbar gewesen.

Im Bereich der Software-Entwicklung hat sich der Senator für Justiz und Verfassung großen Entwicklerverbänden in Kooperation mit anderen Bundesländern angeschlossen, um Entwicklungskosten für Softwareprodukte möglichst zu minimieren.

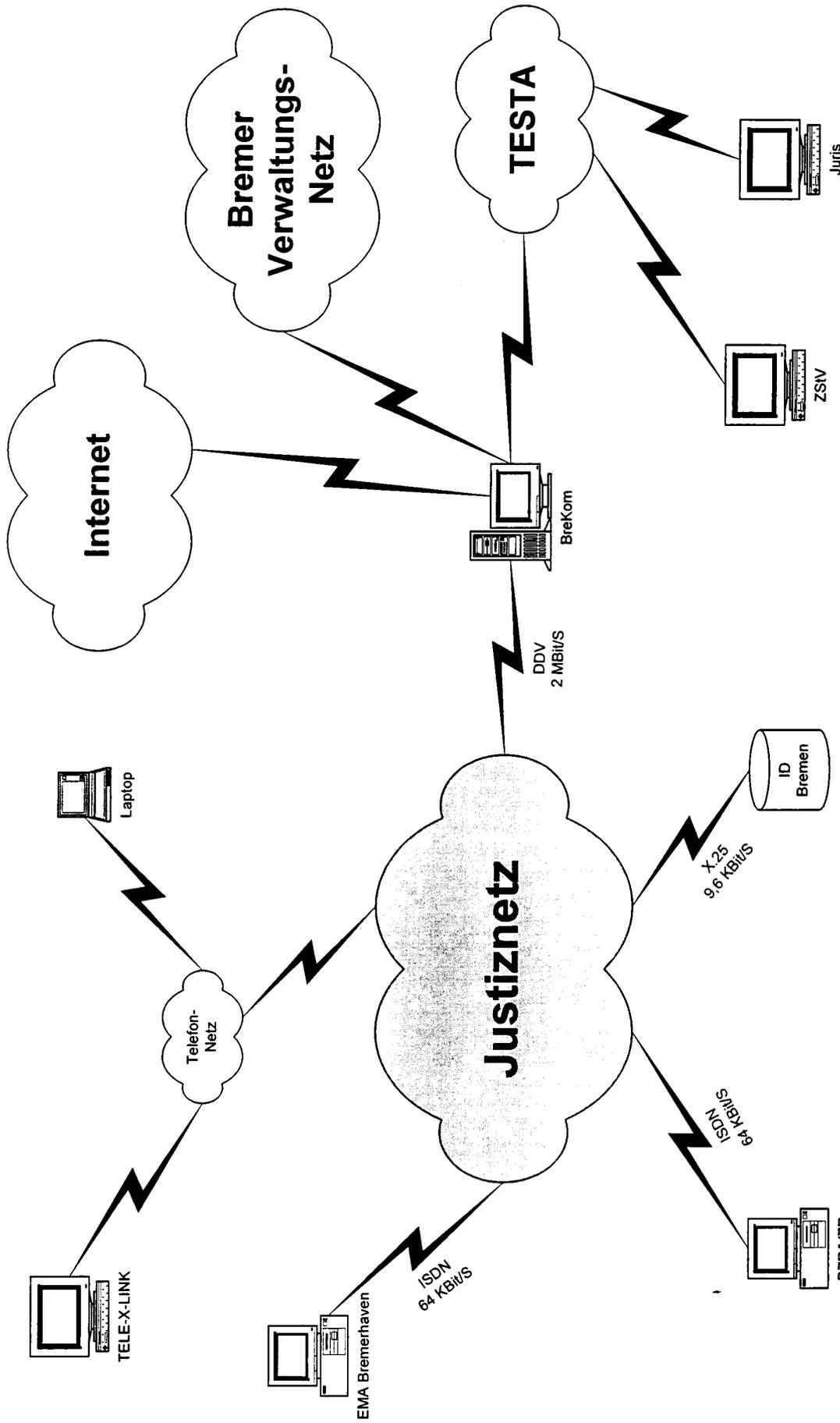
Im EDV-Betreuungsbereich ist darüber hinaus eine Kooperation mit der ID Bremen und der BreKom eingegangen worden. Der BreKom obliegt die Betreuung der WAN(=Wide area Network)-Leitungen.

Die Pflege und Weiterentwicklung der Fachanwendungen stellt sich wie folgt dar:

SIJUS-STRAF	Siemens Busines Services GmbH, München EDV Compas, Lübeck
SIJUS-VOLL	Siemens Busines Services GmbH, München EDV Compas, Lübeck
HAREG	Siemens Busines Services GmbH, München EDV Compas, Lübeck
WINSOLVENZ	Suikat, Thies und Partner, Karlsruhe
BASIS(VG, ZALO, AV + Ärzte)	Meyer EDV-Organisation GmbH, Lübbecke
NEXUS-REGISTRA	Meyer EDV-Organisation GmbH, Lübbecke
BASTA	ID Bremen
JUWIL	ID Bremen
NAVISION	ID Bremen
NOVA	JUDIT Bremen
SDJ	JUDIT Bremen
DEMOS	ID Bremen
ALB	ID Bremen
GeKo	Judit Bremen
SOLUM-STAR	Siemens Busines Services GmbH, München LOGICS, Berlin ID Bremen (nur Notare und Banken)

Zu Frage 8.: Auf wie viele Richter an den bremischen Gerichten trifft nach Kenntnis des Senats die Vermutung des Senators für Justiz und Verfassung zu: „Wer von Computern nichts hält, setzt sie nicht ein“?

Die Einführung moderner Technik bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften ist von Richtern und Staatsanwälten breit unterstützt worden. Die zitierte Aussage bezieht sich auf die von richterlicher Seite vorgetragene Meinung, die richterliche Unabhängigkeit umfasse auch das Recht, über die Auswahl und den Einsatz technischer Arbeitsmittel zu bestimmen. Folgt man dem, stößt die Automatisierung der Gerichte an Grenzen, die den vollen Effekt des Technikeinsatzes nicht eintreten lassen.



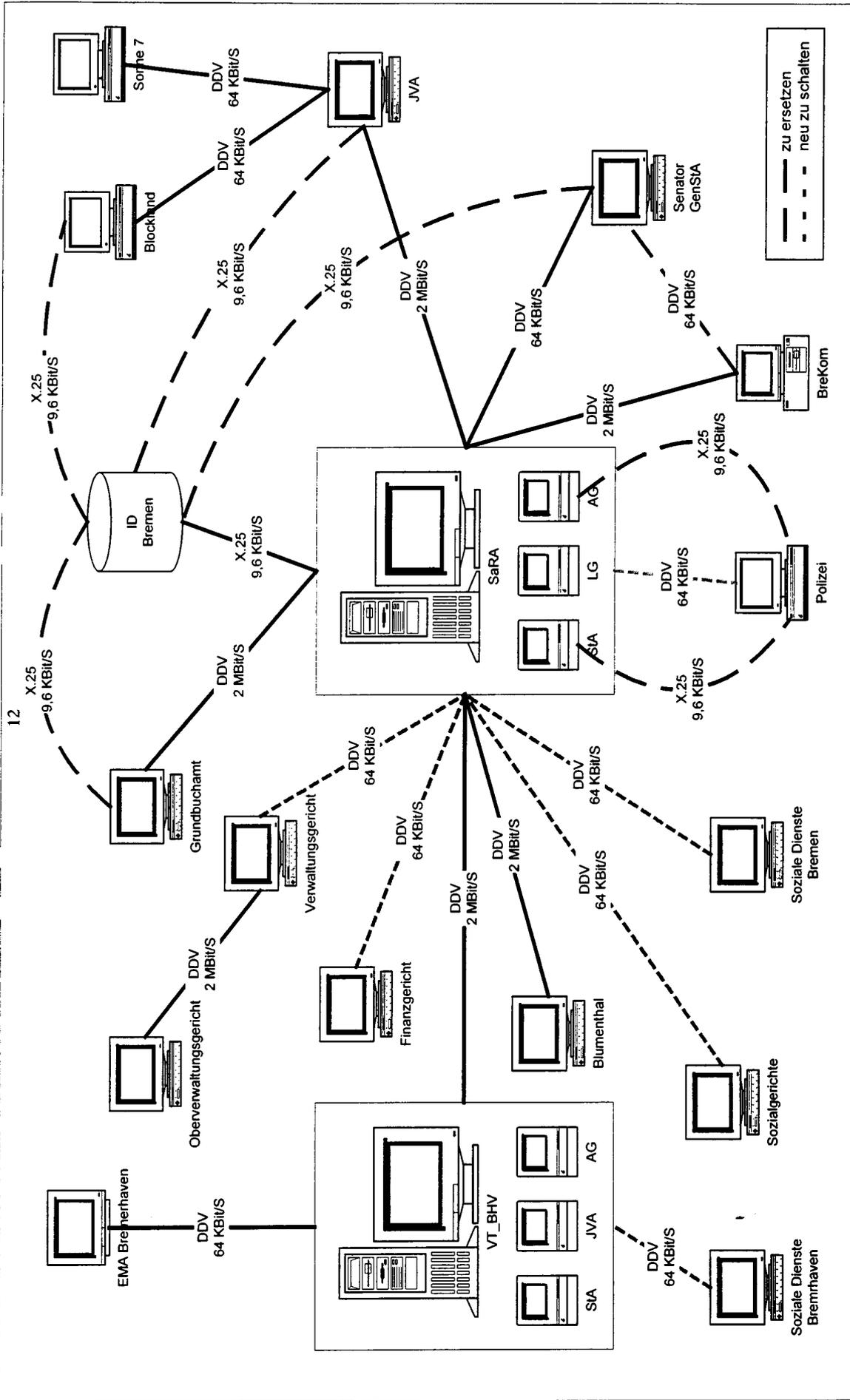
# Justiz-Dienstleistungen

## Schnittstellen zum Justiznetz

Datum:  
Version:  
Verfasser:

26.11.1999  
1.0  
aws

Seite  
1



12

# WAN-Verbindungen in der bremischen Justiz

# Justiz-Dienstleistungen

Landeseigenbetrieb der Freien Hansestadt Bremen